Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Finanz- und Personalausschuss	23.06.2015	öffentlich
Rat der Stadt Bielefeld	25.06.2015	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Ermächtigungsübertragungen aus 2014

Betroffene Produktgruppe

Verschiedene – verteilt über den Gesamthaushalt

Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen

Die Übertragung der Mittel ist zur Umsetzung der in den Haushaltsplänen beschriebenen Ziele erforderlich.

Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan

2014 eingesparte Aufwendungen/Auszahlungen führen zu entsprechend höheren Aufwendungen/Auszahlungen in 2015.

Sachverhalt:

1.

Der Finanz- und Personalausschuss und der Rat der Stadt nehmen entsprechend der Dienstanweisung über die Grundsätze der Ermächtigungsübertragungen vom 11.12.2014 von den Ermächtigungsübertragungen im Jahresabschluss 2014 wie folgt Kenntnis:

Die in der Anlage 1 aufgeführten Ermächtigungsübertragungen von 2014 nach 2015 im Ergebnisplan haben ein Gesamtvolumen in Höhe von 2.753.019,55 €. Die in den Anlagen 2 und 3 aufgeführten Ermächtigungsübertragungen im Finanzplan enthalten ein Gesamtvolumen in Höhe von 11.379.527,00 €.

2.

Der Finanz- und Personalausschuss und der Rat der Stadt nehmen zudem zur Kenntnis, dass eine nicht ausgeschöpfte investive Kreditermächtigung aus 2014 in Höhe von 6.076.000 € nach § 86 Absatz 2 GO übertragen wurde.

Begründung:

Nach dem Handlungsleitfaden des Innenministeriums zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten, dessen Abschnitte 1 – 3 lt. Erlass vom 25.05.2012 nach wie vor sinngemäß Anwendung finden, ist es im Rahmen der Haushaltskonsolidierung erforderlich, von Ermächtigungsübertragungen möglichst gar nicht oder nur sehr zurückhaltend Gebrauch zu machen. Diesem Aspekt trägt die Stadt Bielefeld seit Jahren Rechnung, indem vom

Stadtkämmerer für die Bildung von Ermächtigungsübertragungen sehr restriktive Rahmenbedingungen gesetzt werden.

Sollen nicht in Anspruch genommene Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen übertragen werden, so müssen nach § 22 der Gemeindehaushaltsverordnung die Grundsätze über Art, Umfang und Dauer der Ermächtigungsübertragungen mit Zustimmung des Rates festgelegt worden sein. Dies ist im Rahmen der Dienstanweisung über die Grundsätze der Ermächtigungsübertragungen vom 11.12.2014 geschehen. Die Dienstanweisung wurde erstmals auf den Jahresabschluss 2013 angewandt.

Ermächtigungsübertragungen werden in Form von Planfortschreibungen in das nächste Haushaltsjahr vorgetragen und erhöhen somit die bereits vom Rat der Stadt beschlossenen ursprünglichen Ansätze des laufenden Jahres.

Bei den in Anlage 1 genannten konsumtiven Ermächtigungsübertragungen in Höhe von insgesamt 2.753.019,55 € wurde auf eine maßnahmenscharfe Darstellung des jeweiligen Rechtsgrundes verzichtet. Hier gilt für alle Fälle, dass im originären Haushaltsjahr 2014 auf Grundlage der bestehenden Haushaltsansätze Aufträge erteilt wurden, aber keine Leistungserbringung mehr erfolgte. Um die mit Auftragserteilung eingegangenen Verpflichtungen im Folgejahr (2015) begleichen zu können, ist eine Ermächtigungsübertragung unumgänglich. Im Folgejahr ist in der Ergebnisrechnung ein entsprechend höherer Aufwand und in der Finanzrechnung eine entsprechend höhere (konsumtive) Auszahlung zu verzeichnen.

In Anlage 1 sind die sich aus den investiven Ermächtigungsübertragungen ergebenden bilanziellen Abschreibungen (konsumtiv) in Höhe von 68.807,55 € enthalten.

Für die in Anlage 2 aufgeführten investiven Ermächtigungsübertragungen in Höhe von 9.889.453,00 € wird für jede Maßnahme der Rechtsgrund benannt. Die Finanzrechnung des Folgejahres wird mit zusätzlichen investiven Auszahlungen belastet. Diesen zusätzlichen Auszahlungen stehen jedoch entsprechende Einsparungen in den Haushaltsjahren gegenüber, in denen die Maßnahmen ursprünglich veranschlagt waren. In Anlage 3 werden weitere investive Ermächtigungsübertragungen in Höhe von 1.490.074,00 € aufgeführt. Diese betreffen Maßnahmen, die bereits im Jahre 2014 zum Abschluss gebracht wurden. Der tatsächliche Mittelabfluss erfolgte aus verschiedenen Gründen aber erst nach dem Jahreswechsel und belastet daher in der Finanzrechnung 2015.

Im Jahr 2014 betrug die Gesamtkreditermächtigung für Investitionen 10.100.000,00 €. In 2014 wurden für den Kernhaushalt investive Darlehen (Förderdarlehen) in Höhe von 4.024.000,00 € aufgenommen. Die bis zum 31.12.2014 noch nicht ausgeschöpfte Rest-Kreditermächtigung (KE) i. H. v. 6.076.000,00 € steht nach § 86 GO bis zum Ende des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres zur Verfügung.

In der 6. Handreichung des Innenministeriums zum NKF wird darauf hingewiesen, dass vor der Inanspruchnahme der neuen Kreditermächtigung für das Folgejahr, bzw. vor dem Inkrafttreten der Haushaltssatzung des Folgejahres, zunächst die noch nicht ausgeschöpfte KE des vorangegangenen Haushaltsjahres in Anspruch genommen werden soll (S. 793).

Im Frühjahr 2015 wurde das restliche Volumen in Höhe von 6.076.000,00 € auf dem freien Kapitalmarkt aufgenommen, womit das historisch niedrige Zinsniveau zur Finanzierung von Investitionen genutzt werden konnte. Damit wurde die investive KE 2014 voll ausgeschöpft.

Oberbürgermeister/Beigeordnete(r)

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.

Moss, i. V. des Stadtkämmerers